

In dieser Ausgabe auf den
Seiten 11 bis 12
Baden-Württemberg
(regional) Seite 11

Nordrhein-Westfalen/
Rheinland-Pfalz
(regional) Seiten 11 bis 13

■ **Zu Gast bei Nachbarn**
Medizinstudent absolviert Chi-
rurgie-Tertial an der Côte d'Azur.
Seite 13

■ **Stellenmarkt**
In dieser Ausgabe auf den
Seiten 13 bis 17



Aktuelles zur Gesundheitskarte,
zur Mikrotherapie und mehr
auf den
Seiten 7 und 8

Adressupdate

Ärztmangel. Dramatisch ist die
Situation in ländlichen Gebieten
und in ostdeutschen Kranken-
häusern, wo die Versorgung nur

„Uns bricht der Nachwuchs
weg“, kommentierte Prof. Jörg-
Dietrich Hoppe, Präsident der
BÄK. „Der Anteil der Absolven-

freien Stellen so groß wie nie zu-
vor ist. Viele dieser jungen Leute
aber wollen nicht mehr um den
Preis ihrer eigenen Gesundheit

Pflegereform

Ärzte als Kassenspitzel

Regierung versteckt Spitzelgesetz in Reform

Berlin (lure). Das Bundeskabinett hat den Gesetzentwurf zur Reform der Pflegeversicherung gebilligt. Noch im Dezember wird sich der Bundestag mit dem Vorhaben beschäftigen. Er wird sich auch mit vehementen Protesten aus der Ärzteschaft auseinandersetzen müssen. Das Bundeskabinett hat nämlich mit der Pflegereform beschlossen, dass Ärzte Gründe für Erkrankungen, die etwa von Verbrechen oder nicht indizierte Maßnahmen wie Piercings und Schönheitsoperationen verursacht sind, den Krankenkassen mitzuteilen haben. Damit sollen Patienten an den Behandlungskosten beteiligt werden. Ärzte sollen also gezwungen werden, patientenbezogene Daten im Falle selbstverschuldeter Erkrankungen den Krankenkassen mitzuteilen. Das kritisiert unter anderem der Marburger Bund heftig.

„Dieses Vorhaben der Bundesregierung ist ein unverfrorener Angriff auf die im ältesten kodifizierten Menschenrecht festgelegte Schweigepflicht des Arztes“, kritisierte Dr. Frank Ulrich Montgomery, Vorsitzender des Marburger Bundes. Er forderte die gesamte deutsche Ärzteschaft auf, sich gegen diesen Plan der Bun-

desregierung zu stellen, die aus Ärzten „Handlanger“ der Krankenkassen machen möchte (mehr dazu in „Zur Sache“ auf S. 3).

Verbesserungen für Demenzzranke

Der Gesetzentwurf zur eigentlichen Reform der Pflegeversicherung sieht Verbesserungen für Demenzzranke vor, ein bundesweites Netz an Beratungsstellen sowie die Einführung von sechs Monaten Pflegezeit ohne Lohnersatz nach dem Vorbild der Elternzeit. Darüber hinaus dürfen Angehörige bis zu zehn Tage unbezahlt Urlaub machen, um die Pflege von Angehörigen zu organisieren. SPD-Gesundheitspolitiker wollen noch die Bezahlung des Pflegeurlaubs erreichen.

Auch die Qualitätssicherung im ambulanten und stationären Bereich soll weiter ausgebaut werden. Das will das Bundesgesundheitsministerium dadurch erreichen, dass die Prüfberichte des Medizinischen Dienstes (MDK) in allgemein verständlicher Sprache aufbereitet und – z. B. im Internet – veröffentlicht werden. Damit soll Transparenz über Qualität und Leistungsfähig-

keit der Einrichtungen geschaffen werden. Am 1. Juli 2008 soll das Gesetz in Kraft treten.

Zur Finanzierung soll der seit 1995 unveränderte Beitragssatz von 1,7 Prozent (Kinderlose 1,95 Prozent) zum 1. Juli 2008 um 0,25 Prozentpunkte angehoben werden. Er wird paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen. Das Gesundheitsministerium geht von jährlich 2,5 Milliarden Euro Mehreinnahmen aus. Ob das reicht?

Der AOK-Vorstandsvorsitzende Dr. Hans Jürgen Ahrens zweifelte: „Die Finanzen werden noch nicht langfristig demografiefest gemacht. Hier besteht weiter Reformbedarf.“ Die Bundesregierung glaubt, der neue Pflegebeitragssatz reiche aus heutiger Sicht aus, die Leistungen der Pflegeversicherung immerhin bis etwa 2014/2015 zu finanzieren, ohne dass die Mindestreserve von einer Monatsausgabe in Anspruch genommen werden muss. Da im Gegenzug der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung sinke, würden die Lohnzusatzkosten nicht steigen. Es gibt also wieder mehr Leistung angeblich ohne Mehrkosten.

www.marburger-bund.de

ZS. A
2975/x
ZB MED